

Schwerpunkt Energiamarkt

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

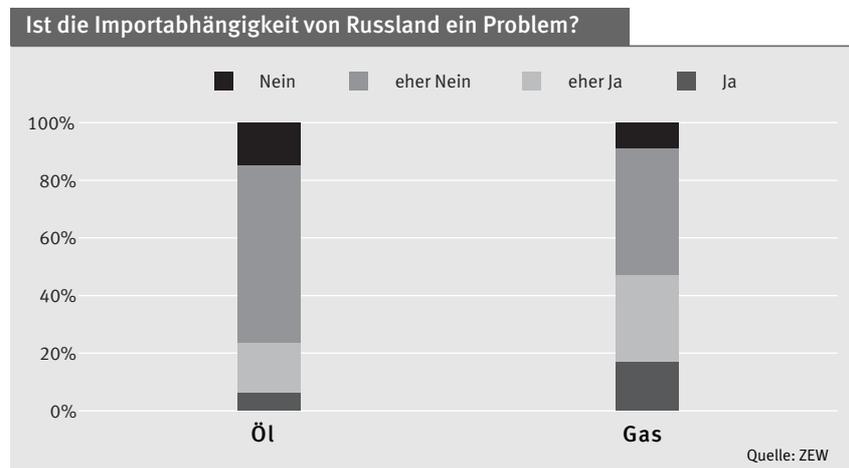
Sonderteil ZEWnews · Januar/Februar 2006

Experten sehen Abhängigkeit von russischer Energie gelassen

Vielfach wurde in jüngster Zeit die Befürchtung geäußert, dass die Energieversorgung in der Europäischen Union aufgrund der Abhängigkeit von Importen der politischen Stimmung in Russland ausgesetzt ist. Die im Rahmen des ZEW-Energiemarktbarometers befragten Experten sehen diese Frage gelassener. Für die Mehrheit bieten die großen Ölimporte aus Russland keinen Anlass zur Sorge. Beim Gas ist die Einschätzung etwas weniger unbesorgt. Um die unmittelbare Versorgungssicherheit fürchten die Experten nicht.

Etwa 77 Prozent der Befragten halten die großen Ölimporte aus Russland für wenig problematisch. Dabei antworten 15 Prozent mit einem klaren „Nein“ und 62 Prozent mit „eher Nein“. Insgesamt sehen lediglich 23 Prozent die Importabhängigkeit kritisch. Beim Gas sind die Experten hingegen grundsätzlich etwas besorgter. Hier ist lediglich eine knappe Mehrheit von etwa 53 Prozent der Befragten der Auffassung, dass der große Anteil der Gasimporte aus Russland eindeutig „kein“ (9 Prozent) oder „eher kein“ (44 Prozent) Problem darstellt. Dagegen halten insgesamt 47 Prozent der Befragten die Gas-Importabhängigkeit für ein mehr (17 Prozent) oder weniger (30 Prozent) ernstes Problem.

Verschiedene Gründe sind für die unterschiedlichen Einschätzungen denk-



bar. Zwar stellt das Öl in Deutschland mit rund 36 Prozent den größten Anteil im Primärenergiemix vor Erdgas (etwa 22 Prozent), und es kommen etwa 34 Prozent der deutschen Rohölimporte aus Russland. Andererseits sind die Unterschiede zwischen den Öl- und Gasmärkten zu berücksichtigen. Während Öl zu einem großen Anteil in Schiffen transportiert wird, ist der Gastransport im Wesentlichen an das Pipelinenetz gebunden. Dies macht ein kurzfristiges Ausweichen auf andere Anbieter kaum möglich, und ein kurzfristiger Bezug von Erdgas aus anderen wichtigen Lieferländern (neben Russland mit 35 Prozent auch Norwegen mit 24 Prozent und die Niederlande mit 19 Prozent) oder gar die

Ausweitung der Inlandsgewinnung (16 Prozent) erscheinen wenig realistisch. Zusammen mit einer inelastischen Nachfrage von Privathaushalten mit Gasheizung und von Teilen der Stromerzeugung kann die mit dem natürlichen Monopol der Netze verbundene Marktmacht eines Gasanbieters derzeit eher zum Problem werden als ein großer Anteil an der Ölversorgung. Es sollte also nicht schaden, andere potenzielle Gasexporteure langfristig in den Blick zu nehmen.

Trend zur umweltfreundlichen Eigenerzeugung

Die Versorgungssicherheit allein ist jedoch nur einer der drei Eckpunkte im

Das ZEW-Energiemarktbarometer stellt eine halbjährliche Befragung von mehr als 200 Experten aus Wissenschaft und Praxis (Energieversorgungs-, -handels- und -dienstleistungsunternehmen) dar, welche zu ihren Erwartungen hinsichtlich der kurz- und mittelfristigen Entwicklungen auf den nationalen und interna-

tionalen Energiemärkten befragt werden (kurzfristiger Zeithorizont: sechs Monate, mittelfristiger Zeithorizont: zwei Jahre. Befragungszeitraum: November und Dezember 2005). Die Ergebnisse der Befragung sind im vorliegenden Schwerpunkt Energiemarkt wiedergegeben.

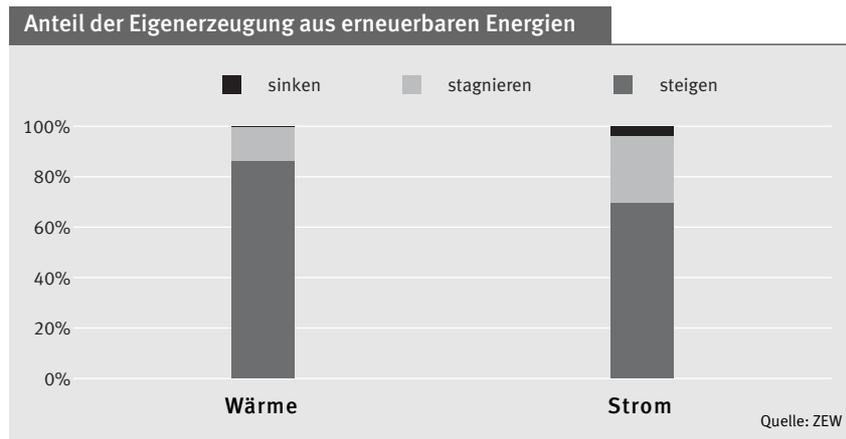
Zieldreieck der Energiepolitik bestehend aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. In den vergangenen Jahren haben die hohen Energiepreise, insbesondere für Strom und Gas, und bessere technische Möglichkeiten die Eigenerzeugung von Wärme oder Strom der privaten Haushalte aus erneuerbaren Energien attraktiver gemacht. Diese Technologien können – abhängig von der Verfügbarkeit entsprechender Brennstoffe – zu allen Zielset-

menden fünf Jahren einen steigenden, 27 Prozent einen stagnierenden und nur 4 Prozent einen sinkenden Anteil. Eine aktuelle Studie im Auftrag des britischen Handelsministeriums zeichnet für England ein ähnliches Bild. Die britischen Forscher kommen zu dem Schluss, dass die Eigenerzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien bis 2050 wesentlich zur Energieversorgung und zur Minderung von klimaschädlichen Emissionen beitragen kann.

wartungen für den Bereich GHD: Etwa 54 Prozent der Befragten erwarten hier eine gleich bleibende Nachfrage nach Ökostrom, 19 Prozent eine steigende, und 27 Prozent gehen von einer sinkenden Ökostromnachfrage aus.

Kein neues Kernkraftwerk erwartet

Die Frage nach der Zukunft der Kernenergie in Deutschland erfreut sich in den vergangenen Monaten zunehmender Aktualität. Unter anderem sind die hohen Energiepreise, aber auch die Streitigkeiten zwischen der Ukraine und Russland Anlass der aktuellen Debatte innerhalb der großen Koalition um die Laufzeitverlängerung. Über die Laufzeit hinaus muss entschieden werden, inwieweit der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland endgültig umgesetzt wird, und damit letztlich, ob neue Kernkraftwerke gebaut werden. Auf die Frage, ob in Deutschland in den kommenden 20 Jahren ein neues Kernkraftwerk gebaut wird, antwortet ein Drittel der Befragten mit einem klaren „Nein“, ein weiteres Drittel mit „eher Nein“, aber immerhin 20 Prozent mit „eher Ja“ und sogar 14 Prozent mit einem klaren „Ja“. Damit rechnet also die Mehrheit nicht mit einem Neubau in den beiden kommenden Jahrzehnten, jedoch ist eine nicht zu vernachlässigende Minderheit anderer Auffassung. Dies entspricht dem Ergebnis einer vorangegangenen Befragung, nach der 74 Prozent der Teilnehmer in den kommenden zehn Jahren einen sinkenden Anteil der Kernenergie in Deutschland erwarten.



zungen des strategischen Dreiecks beitragen. Deutliche 86 Prozent der Befragten sehen in den kommenden fünf Jahren einen steigenden Anteil erneuerbarer Energien bei der Eigen-Wärmeerzeugung der privaten Haushalte. Nur 13 Prozent rechnen mit einem stagnierenden Anteil der Eigenerzeugung, und nicht einmal ein Prozent der Befragten geht davon aus, dass er sinkt. Auch bei der Eigenerzeugung von Strom aus Erneuerbaren in den Haushalten erwarten rund 69 Prozent der Befragten in den kom-

Die Triebfeder für diese Entwicklung scheint allerdings weniger ein verstärktes Umweltbewusstsein zu sein. Denn die Erwartungen über die Nachfrage der privaten Haushalte und des Bereichs Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) stellen sich als wenig grün heraus: Etwa 55 Prozent der Experten glauben, dass die Nachfrage der Haushalte nach Ökostrom in den kommenden zwei Jahren stagniert, 27 Prozent erwarten eine steigende und 18 Prozent eine sinkende Nachfrage. Im Saldo negativ sind die Er-

ENERGIEPOLITIK

Erwartungen an die Umweltpolitik der großen Koalition

Die Umwelt- und Energiepolitik war eines der schwierigen Themen bei den Koalitionsverhandlungen der großen Koalition. In vielen Fragen haben die politischen Akteure Festlegungen vermieden. Entsprechend erwarten die Experten von der neuen Bundesregierung in punkto Regulierung der Bereiche Energie und Umwelt auf den ersten Blick vor allem eines: Kontinuität. In der Umwelt erwar-

tet eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent, dass sich die Regulierungsdichte nicht ändern wird. Die Erwartungen bezüglich einer Zu- und Abnahme halten sich in etwa die Waage (16 zu 19 Prozent). Im Energiesektor erwarten 56 Prozent der Experten Kontinuität bei der Regulierung. Allerdings gibt es hier deutlich mehr Stimmen, die eine Zunahme der Regulierung voraussehen (39 Prozent) als eine Abnahme (5 Prozent).

Bei der Regulierung sollte sich die Regierung nach Meinung der befragten Ex-

perten dabei nicht von dem häufig von der Politik favorisierten Modell der sogenannten Nationalen Champions leiten lassen. Eine klare Mehrheit von 85 Prozent hält eine weitere Marktkonzentration im Energiebereich nicht für notwendig, um deutschen Unternehmen das Bestehen im europäischen Wettbewerb zu ermöglichen. Diese Haltung spricht dafür, dass die Experten den gegenwärtigen nationalen Wettbewerb einer größeren Zahl von Stromanbietern (derzeit etwa 1.000) für effizient halten. Auch der

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung lehnt die staatlich unterstützte Herausbildung von Nationalen Champions ab.

Regulierung der Strom- und Gasnetze

Im Juli 2005 wurde der Bundesnetzagentur die Aufsicht über die Strom- und Gasnetze übertragen. Auch hier bleiben die Pläne der Bundesregierung und die Regulierungspraxis abzuwarten. Eine Mehrheit der Experten geht davon aus, dass durch die Arbeit der Behörde die Durchleitungsentgelte sinken werden, und zwar 53 Prozent der Befragten bei den Stromnetzen und 54 Prozent bei den Gasnetzen. Lediglich jeweils 11 Prozent erwarten steigende Durchleitungsentgelte, und 37 Prozent beziehungsweise 35 Prozent gehen von stagnierenden Durchleitungsentgelten bei Strom- und Gasnetzen aus.

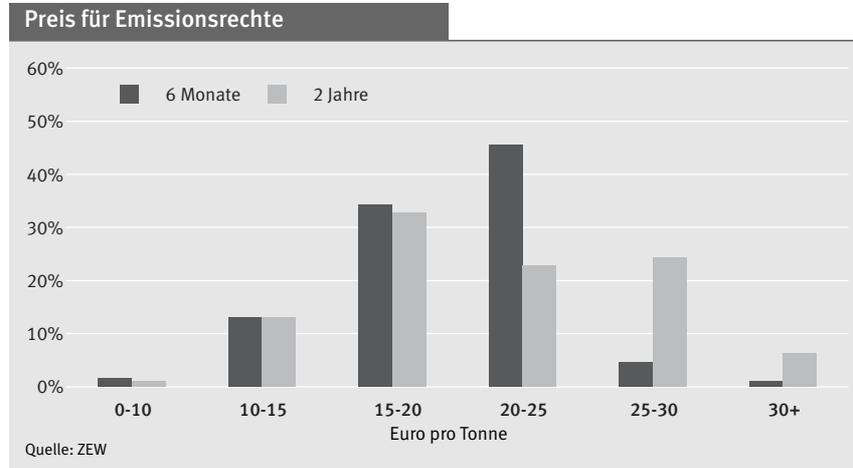
Eine wichtige Aufgabe der Bundesnetzagentur ist es, die Qualitätssicherung der Strom- und Gasnetze zu überwachen. Hier ist die Meinung der befragten Experten noch klarer: Eine Mehrheit von 65 Prozent bei den Stromnetzen und 71 Prozent bei den Gasnetzen erwartet eine Stagnation der Netzqualität. Immerhin 31 Prozent beziehungsweise 25 Prozent gehen jedoch von einer Verschlechterung aus. Lediglich jeweils 4 Prozent erwarten eine Verbesserung der Netzqualität.

Preisentwicklung bei den Emissionsrechten

Am 1. Januar 2005 hat in Europa der Handel mit CO₂-Emissionsrechten begonnen. Während der Ausgangspreis zunächst bei sieben Euro lag, stieg er im Laufe des Jahres auf fast 30 Euro. In der öffentlichen und der wissenschaftlichen

Debatte ist umstritten, ob die Märkte für Emissionsrechte bereits liquide sind. Eine Mehrheit von 49 Prozent der Experten des Energiemarktbarometers bezweifelt dies. Nur 18 Prozent glauben an die Liquidität des Marktes, 33 Prozent ma-

rund 80 Prozent der im ZEW-Energiemarktbarometer befragten Experten davon aus, dass der Preis für eine Tonne CO₂-Ausstoß Anfang 2005 bei weniger als 10 Euro liegen würde. Für Anfang 2008 erwarteten immerhin noch gut 45



chen keine Angaben. Insofern ist es wenig überraschend, dass die Erwartungen bezüglich der Preisentwicklung nicht trennscharf sind: Für einen Zeithorizont von sechs Monaten verteilen sich die Preiserwartungen zu 13 Prozent, 34 Prozent, 46 Prozent und 5 Prozent auf die Bereiche „10-15“, „15-20“, „20-25“ und „25-30“ Euro pro Tonne (siehe Grafik). Bei einem Zeithorizont von zwei Jahren sind die Erwartungen noch unschärfer, die entsprechenden Prozentzahlen lauten 13 Prozent, 33 Prozent, 23 Prozent und 24 Prozent. Es lässt sich jedoch festhalten, dass die Experten kurzfristig am ehesten von einer Stagnation der Preise für Emissionsrechte ausgehen. Der erwartete Anstieg der Elektrizitätspreise (vergleiche den folgenden Abschnitt zur Entwicklung der Energiepreise) wird demnach nicht diesem Instrument der Umweltregulierung zugerechnet.

Interessant ist der Vergleich mit früheren Erwartungen an die Preisentwicklung bei CO₂-Emissionen. Im Juli 2004 gingen

Prozent einen Preis von weniger als 10 Euro, 37 Prozent gingen von einem Preis zwischen 10 und 20 aus, und nur 16 Prozent erwarteten einen Preis von mehr als 20 Euro.

Erstere Voraussagen sind eingetroffen, der Emissionspreis lag zu Jahresbeginn 2005 bei etwa sieben Euro je Tonne CO₂. Die mittelfristigen Erwartungen haben die Experten hingegen deutlich nach oben korrigiert, wie der Blick auf die Grafik zeigt. So rechnet lediglich noch ein Prozent der Experten mit einem Emissionspreis von weniger als 10 Euro, 45 Prozent erwarten einen Preis zwischen 10 und 20 Euro und 54 Prozent einen Preis oberhalb von 20 Euro. Wie schon erwähnt, zeigt ein Blick auf die aktuelle Grafik jedoch auch eine breite Streuung der mittelfristigen Erwartungen, was auf eine große Unsicherheit über die Marktentwicklung für Emissionsrechte hindeutet. Die Dynamik dieses Marktes ist ein spannendes Thema für Ökonomen und Politiker.

ENERGIEPREISE

Experten erwarten stagnierende bis steigende Strompreise

Knapp die Hälfte der für das ZEW Energiemarktbarometer befragten Energieexperten (48 Prozent) erwartet für die

kommenden sechs Monate steigende Strompreise. Etwa 45 Prozent gehen davon aus, dass die Strompreise stagnieren, und lediglich sechs Prozent rechnen bis Mitte des Jahres mit sinkenden Strompreisen. Für den Zeitraum von zwei

Jahren gehen fast zwei Drittel der Befragten (64 Prozent) von steigenden Preisen für Elektrizität aus, 24 Prozent erwarten konstante und 12 Prozent sogar sinkende Strompreise für diesen Zeitraum. Damit laufen die Erwartungen zwar im Sal-

do (Differenz der Erwartung steigender und sinkender Preise) auf steigende Preise hinaus, allerdings liegt dieser Saldo sowohl für die kurz- als auch für die mittelfristigen Erwartungen auf dem niedrigsten Stand seit Anfang 2003 – dem Geburtsjahr des ZEW-Energiemarktbarometers.

Erdgas soll deutlich teurer werden

Die Erwartungen der Preisentwicklung für Erdgas laufen unter den fossilen Energieträgern am deutlichsten nach oben. Mehr als 72 Prozent der befragten Experten gehen für das kommende halbe Jahr von steigenden Preisen aus, 24 Prozent erwarten stagnierende und lediglich vier Prozent sinkende Gaspreise. Bezogen auf die kommenden zwei Jahre erwarten rund 63 Prozent der Teilnehmer einen Anstieg der Gaspreise. Gut 24 Prozent gehen davon aus, dass die Preise in etwa auf dem aktuellen Niveau verbleiben, und knapp 13 Prozent rechnen für diesen Zeitraum mit sinkenden Gaspreisen.

Mitte Januar 2006 hat die deutsche Wettbewerbsbehörde langfristige Lieferverträge untersagt, mit denen die Gasimporteure ihre Kunden – die Stadtwerke – langfristig an sich binden und so Wettbewerber ausschließen. Sie hat damit ein Zeichen gesetzt, und es dürfte spannend werden zu beobachten, ob sich die Erwartungen des Präsidenten des Bundeskartellamts, Ulf Böge, erfüllen. Er geht von noch in diesem Jahr sinkenden Gaspreisen auf dem deutschen Markt aus, vorausgesetzt, dass sich der Grenzübergangspreis nicht ändert.

Der Preis des anderen – für die Erzeugung von Strom und Wärme ebenfalls wichtigen – fossilen Brennstoffs, Kohle, wird sich nach Auffassung der meisten Experten kurzfristig kaum bewegen. Gegenüber 31 Prozent, die einen steigenden Kohlepreis in den kommenden sechs Monaten erwarten, rechnen 63

Prozent damit, dass der Preis stagniert, und acht Prozent gehen von einem fallenden Kohlepreis aus.

Öl wird mittelfristig teurer

Für das Rohöl unterscheiden sich die kurzfristigen (sechs Monate) von den mittelfristigen Preiserwartungen unter den gefragten Energieträgern am deutlichsten. Während die Experten auf kurze Frist eine Stagnation erwarten, rechnen sie für die kommenden zwei Jahre mit steigenden Ölpreisen. Für das kommende halbe Jahr erwarten 34 Prozent einen steigenden und 49 Prozent einen stagnierenden Ölpreis. Knapp 18 Prozent gehen von einem sinkenden Preis aus.

Mit Blick auf die nächsten zwei Jahre erwartet eine deutliche Mehrheit von 59 Prozent steigende Preise, wohingegen 23 Prozent von einem stagnierenden und weiterhin 18 Prozent von einem sin-

kenden Ölpreis ausgehen. Dies spiegelt möglicherweise die Auffassung wieder, dass derzeit aufgrund der starken Investitionen in Förder- und Raffineriekapazitäten der Ölpreis sinken kann. Allerdings steht nicht zu erwarten, dass sich an wichtigen nachfrageseitigen Determinanten des Ölpreises mittel- bis langfristig Wesentliches ändert. So werden die Nachfrage der USA und vor allem Chinas, welches erst in den vergangenen Jahren vom Ölexporteur zum Ölimporteur geworden ist, nach den Prognosen der Internationalen Energieagentur weiter steigen, in den USA um rund 1,5 und in China um deutlich mehr als fünf Prozent pro Jahr. Ein plastischer Eindruck von der zu erwartenden Nachfrage entsteht, wenn man sich vor Augen hält, dass im Jahr 2003 in China von 1.000 Einwohnern im Durchschnitt nicht einmal sechs einen PkW besaßen (Deutschland: mehr als 500).

